

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 44

DIENSTAG, DEN 7. JUNI

2011

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung über öffentlich empfohlene Schutzimpfungen und über die Durchführung unentgeltlicher Schutzimpfungen	1349	Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des Bebauungsplans Wandsbek 75 (Neue Nutzungen für das Brauhausviertel)	1351
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Wilhelmsburg 95	1350	Widmung von Wegeflächen	1351
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Rissen 11	1350	Berichtigung der Veränderung der Benutzbarkeit vom 24. März 1981	1351
Öffentliche Plandiskussion zum Bebauungsplan-Entwurf Ohlsdorf 27	1351	Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln	1351

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung über öffentlich empfohlene Schutzimpfungen und über die Durchführung unentgeltlicher Schutzimpfungen

I.

Auf Grund des § 20 Absatz 3 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2960), und unter Berücksichtigung der Impfpfehlungen der Ständigen Impfkommission beim Robert Koch-Institut (STIKO) vom Juli 2006, März 2007 und vom Juli 2010 werden für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg folgende Impfungen öffentlich empfohlen:

Schutzimpfungen gegen:

- a) Diphtherie,
- b) Frühsommer-Meningoenzephalitis,
- c) Haemophilus influenzae Typ B,
- d) Hepatitis A,
- e) Hepatitis B,
- f) Influenza,
- g) Masern,
- h) Meningokokken-Infektionen,
- i) Mumps,
- j) Pertussis,
- k) Pneumokokken-Krankheiten,
- l) Poliomyelitis,
- m) Röteln,
- n) Tetanus,

- o) Tollwut,
- p) Varizellen,
- q) Humane Papillomaviren (HPV).

II.

Die Anordnung über öffentlich empfohlene Schutzimpfungen und über die Durchführung unentgeltlicher Schutzimpfungen vom 24. April 2007 (Amtl. Anz. Nr. 35 S. 1046) wird aufgehoben.

III.

Erläuterung:

Zu Abschnitt I der Anordnung wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Die Schutzimpfungen sind entsprechend dem Stand der medizinischen Wissenschaft, unter Beachtung der jeweils gültigen Fassung der Empfehlungen der STIKO, einschließlich der speziellen Hinweise zur Durchführung von Schutzimpfungen (letzter Stand: Juli 2006 und März 2007, Epidemiologisches Bulletin 30/2006, 12/2007 und 30/2010) und der Hinweise für Ärzte zum Aufklärungsbedarf bei Schutzimpfungen (letzter Stand: Januar 2004, Epidemiologisches Bulletin 6/2004), sowie der Fachinformationen durchzuführen.

Die öffentliche Empfehlung von Schutzimpfungen nach § 20 Absatz 3 IfSG dient nicht in erster Linie dem individuellen Gesundheitsschutz, sondern hat den Zweck, durch einen möglichst hohen Anteil an geimpften Personen in der Bevölkerung die Allgemeinheit vor einem epidemischen Auftreten der betreffenden Krankheiten zu schützen. Sie enthebt die Ärztin oder den Arzt nicht von der im Einzelfall gebotenen Sorgfaltspflicht und befreit sie oder ihn nicht von der sich aus einer etwaigen Verletzung der ärztlichen Sorgfaltspflicht ergebenden Haftung.

2. Wer durch eine in Hamburg öffentlich empfohlene und vorgenommene Schutzimpfung unter Beachtung der Nummer 1 durchgeführte Schutzimpfung eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung auf Antrag Versorgung nach § 60 Absatz 1 Satz 1 IfSG. Der Antrag kann bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, Versorgungsamt, Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg, eingereicht werden.

IV.

Anmerkung:

Mit den Krankenkassen wurden Vereinbarungen dahingehend geschlossen, dass im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg folgende Schutzimpfungen mit den sich aus Abschnitt I ergebenden Einschränkungen im Rahmen öffentlicher Impfsprechstunden von den Fachämtern Gesundheit und dem Impfzentrum des Instituts für Hygiene und Umwelt angeboten werden:

1. Impfungen bei Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gegen:

Masern, Mumps, Röteln, Haemophilus influenzae Typ B, Pertussis, Hepatitis B, Poliomyelitis, Tetanus und Diphtherie,

2. Impfungen bei Erwachsenen gegen:

Diphtherie, Poliomyelitis (bei fehlender Grundimmunsierung), Tetanus, Pertussis, Mumps, sowie Masern für nach 1970 geborene ungeimpfte bzw. in der Kindheit nur einmal geimpfte Personen \geq 18 Jahre oder nach 1970 geborene Personen \geq 18 Jahre mit unklarem Impfstatus, Röteln.

Von diesen Vereinbarungen ausgenommen sind Schutzimpfungen für nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherte, Schutzimpfungen ausschließlich aus Anlass von Auslandsreisen sowie Schutzimpfungen zur Verhinderung epidemischer Verbreitung von Krankheiten nach § 20 Absätze 6 und 7 IfSG.

Hamburg, den 2. Mai 2011

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Amtl. Anz. S. 1349

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Wilhelmsburg 95

Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte führt am Dienstag, dem 21. Juni 2011, ab 18.30 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg, Kleiner Saal, Mengestraße 20, 21107 Hamburg, eine öffentliche Plandiskussion zum Bebauungsplan-Entwurf Wilhelmsburg 95 mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 des Baugesetzbuchs durch.

Anschauungsmaterial kann ab 18.00 Uhr vor Ort eingesehen werden.

Das Plangebiet umfasst den Baublock zwischen Kurdamm, den westlichen Grundstücksgrenzen der Grundstücke Peter-Beenck-Straße, Trettaustraße und Georg-Wilhelm-Straße.

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Wilhelmsburg 95 sollen im Rahmen des Senatsprogramms „Sprung über die Elbe“ insbesondere die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung von innovativem, familienfreundlichem Wohnungsbau unter konsequenter Würdigung der durch die umliegenden

Nutzungen östlich der Georg-Wilhelm-Straße erzeugten Immissionen geschaffen werden. Im Westen des Plangebiets soll ein geschlossener Gebäuderiegel entstehen, der den Innenbereich des Baublocks vom Verkehrslärm der Georg-Wilhelm-Straße und dem Gewerbelärm der Nutzungen westlich Georg-Wilhelm-Straße abschirmt. Die Freiräume werden unter Erhalt wertvoller, prägender Bäume gestaltet, der ruhende Verkehr wird überwiegend in Tiefgaragen untergebracht.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Auskünfte hierzu erteilt das Bezirksamt Hamburg-Mitte – Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung – unter der Rufnummer 040/4 28 54 - 25 47.

Hamburg, den 23. Mai 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1350

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Rissen 11

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Rissen 11 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Nordgrenze des Flurstücks 1233 (Schulauer Weg), über das Flurstück 5992 (Tinsdaler Heideweg), Ostgrenze des Flurstücks 5992 (Tinsdaler Heideweg), Nordgrenze des Flurstücks 4328, über das Flurstück 4328, Ostgrenze des Flurstücks 1133, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 1148 (Leuchtturmweg), Ostgrenze des Flurstücks 3029, Ost- und Nordgrenze des Flurstücks 3028, Ostgrenzen der Flurstücke 3027 und 6016, über die Flurstücke 6016, 6017 und 4068, 2813, 6017, 1160, 3280, 5999 und 1222, Westgrenzen der Flurstücke 1222, 1221, 1223, 5998, 1224, 1225 (Leuchtfeuerstieg), 1226, 5569 und 1233 (Schulauer Weg) der Gemarkung Rissen (Bezirk Altona, Ortsteil 227).

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Rissen 11 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine am Bestand orientierte städtebauliche Entwicklung auf Basis der intakten, kleinteiligen und stark durchgrünten Siedlungsstruktur des Gebiets im Landschaftsschutzgebiet geschaffen werden. Das Gebiet soll mit bestandsorientierten Ausweisungen vor städtebaulichen Fehlentwicklungen durch eine gebietsuntypische Bebauung geschützt werden. Die an der Landesgrenze zu Wedel liegenden Grünlandflächen mit ihren Knickstrukturen und dem alten Baumbestand sowie die bewaldeten Flächen in öffentlicher und privater Hand sollen als Flächen für die Landwirtschaft bzw. als Grünflächen gesichert werden.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, um 19.30 Uhr in der Aula der Grundschule Marschweg, Marschweg 10, 22559 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab 6. Juni 2011 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamts Altona, Jessenstraße 1–3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

sowie am 15. Juni 2011 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 26. Mai 2011

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1350

Öffentliche Plandiskussion zum Bebauungsplan-Entwurf Ohlsdorf 27

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt zu dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Ohlsdorf 27 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Ohlsdorf 27 sollen die Voraussetzungen für eine Bebauung mit Wohnungen geschaffen werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs Ohlsdorf 27 wird begrenzt durch die Beisserstraße – West- und Nordgrenze des Flurstücks 732 und den Kerbelweg der Gemarkung Ohlsdorf (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 430).

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 23. Juni 2011, um 19.00 Uhr in der Aula der Schule am Ballerstaedtweg 1, 22337 Hamburg, statt.

Informationsmaterial kann ab dem 14. Juni 2011 montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung in der Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Planungsbüro WESSLING + WALKENHORST (Telefon: 040/55 77 75 -0) und das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 60 21 oder - 60 20).

Hamburg, den 26. Mai 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1351

Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des Bebauungsplans Wandsbek 75 (Neue Nutzungen für das Brauhausviertel)

Die Bezirksversammlung Wandsbek lädt die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Wandsbek 75 (Neue Nutzungen für das Brauhausviertel) ein. Die Veranstaltung findet am Montag, dem 20. Juni 2011, um 18.00 Uhr im Bürgersaal des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 4, 22041 Hamburg, statt.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine der Lage entsprechende, geordnete, verdichtete und raumbildende Baustruktur geschaffen werden. In Teilgebieten soll der Bebauungsplan eine verstärkte Nutzungsmischung und die Ansiedlung von Wohnnutzungen ermöglichen. Der Bebauungsplan soll die Voraussetzungen zur Herstellung einer zentralen, vom Mühlenteichpark ausgehenden Fußgängerachse schaffen. Die Entwicklungsspielräume gewerblicher

Nutzungen sollen mit dem Bebauungsplan insbesondere westlich der zentralen Fußgängerachse gesichert werden.

Anschauungsmaterial kann von Mittwoch, dem 8. Juni 2011, bis Freitag, dem 17. Juni 2011, werktags (außer sonntags) von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, IV. Etage, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg, und am Montag, dem 20. Juni 2011, ab 17.30 Uhr am Veranstaltungsort eingesehen werden.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 20. Mai 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1351

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Tonnendorf, Ortsteil 513, neu hergestellte Erschließungsstraße Doraustieg (Flurstücke 2954, 2957, 3525 und 3700 teilweise), von der Ahrensburger Straße zunächst etwa 50 m nach Südosten abzweigend, dann nach Nordosten schwenkend und nach weiteren 150 m in einer Kehre endend, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet. Die Flächen sind laut Senatsbeschluss vom 29. Mai 1996 Doraustieg benannt worden.

Hamburg, den 25. Mai 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1351

Berichtigung der Veränderung der Benutzbarkeit vom 24. März 1981

In der Verfügung Veränderung der Benutzbarkeit von öffentlichen Wegeflächen vom 24. März 1981 (Amtl. Anz. Nr. 65 vom 2. April 1981) muss es unter Punkt 1) Kakenhaner Weg richtig heißen:

Widmung einer Wegefläche

Die unter Punkt 1 aufgeführte Wegefläche wird mit sofortiger Wirkung gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) von der Landesgrenze bis etwa 145 m ostwärts für den Land- und Forstwirtschaftlichen Verkehr, sowie den Fußgänger-, Radfahrer- und Reiterverkehr gewidmet.

Hamburg, den 27. Mai 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1351

Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln

Die Dienstsiegel der HafenCity Universität Hamburg mit den Nummern 2 und 9 (3,5 cm Durchmesser, Gummiausführung) mit dem Hamburger Wappen und der Umschriftung „HafenCity Universität + Hamburg +“ werden mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 31. Mai 2011

HafenCity Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 1351

ANZEIGENTEIL

Der nachstehende Konzernabschluss 2010 der HASPA Finanzholding wurde am 28. April 2011 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Spannungen im Euroraum

Auch wenn die wirtschaftliche Erholung im Verlauf des Jahres 2010 in fast allen Regionen der Welt fortgesetzt wurde, konnte diese Entwicklung nicht in allen Randstaaten der Euro-Zone verzeichnet werden. Irland, Portugal, Spanien und vor allem Griechenland leiden in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gewichtung unter den Problemen hoher Staatsverschuldung, geringer Wettbewerbsfähigkeit, angeschlagenen Bankensystemen und geplatzten Immobilienblasen.

Eine einzeln auf die schwächeren Länder ausgerichtete Geldpolitik oder eine gesonderte Abwertung über den Außenwert sind im einheitlichen Euroraum nicht möglich, obwohl Länder, die mit stagnierenden Arbeitsmärkten in einer fortgesetzten Anpassungsrezession stecken, von derartigen Maßnahmen durchaus profitieren könnten.

Aus diesem Grund sind an den Kapitalmärkten die geforderten Risikoprämien für die Finanzierung dieser Länder 2010 in einer ersten Zuspitzung im Frühjahr und dann in einer erneuten Welle im Herbst deutlich gestiegen. Mit dem Aufspannen eines Rettungsschirms im Umfang von 750 Milliarden Euro und der Entwicklung eines langfristigen Stützungsmechanismus haben die Krisenländer im Euroraum Solidarität erfahren.

Auch die Europäische Zentralbank hat eingegriffen und zwischen Mai und Dezember für über 70 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft. Ziel war hier – anders als in den USA – nicht eine Ausweitung der Geldmenge, sondern die Funktionsfähigkeit der Märkte. Eine spürbare Eindämmung der Spreads für die Krisenländer ist letztlich aber nicht gelungen.

Deutschland mit insgesamt erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung

In der inhomogenen Entwicklung innerhalb des Euro-raums bildet Deutschland den Kontrast zu den Problemländern. Die im Gesamtjahr 2010 gemäß der ersten Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes erreichten 3,6 Prozent realwirtschaftlichen Wachstums stellen eine beachtliche Leistung dar. Die Erholung ist damit schneller und kräftiger eingetreten, als noch vor

Jahresfrist erwartet. Sowohl der private Konsum, der seit längerem stagnierte, als auch die Investitionstätigkeit sind merklich angesprungen.

Eine Stütze der im Jahresverlauf gestiegenen Konsumfreudigkeit war die Zuversicht der Verbraucher fördernde Arbeitsmarkt, der sich erstaunlich robust zeigte. Trotz Auslaufens der Kurzarbeitsregelungen konnte dank der einsetzenden Erholung die Zahl der Erwerbstätigen gesteigert werden, so dass 2010 mit 40,5 Millionen so viele Menschen wie noch nie zuvor in der deutschen Wirtschaft tätig waren. Dabei wurden auch wieder vorwiegend sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen neu geschaffen. Aufgrund der guten Arbeitsmarktlage blieb die Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte unter den ursprünglichen Budgetplanungen. Die sich im Jahresverlauf 2010 bereits deutlich erholenden Steuereinnahmen verhinderten zwar eine größere Neuverschuldung; gleichwohl hat sich 2010 ein Staatsdefizit von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ergeben.

Die Steigerung der Verbraucherpreise lag mit den 2010 erreichten Werten aus Sicht der EZB vordergründig auf dem Zielniveau von „unter, aber nahe bei 2 Prozent“. Dennoch befindet sich die Geldpolitik im Nachgang zu Finanzkrise und Rezession immer noch in einer labilen Situation. Der angekündigte Ausstieg aus den geldpolitischen Sonderinstrumenten konnte deshalb nur teilweise vollzogen werden.

Wirtschaftswachstum in Hamburg

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2010 um 2,3 Prozent – 0,8 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Die Erholung von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise war damit auch in der Hansestadt deutlich spürbar. Das im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Wachstum erklärt sich durch die Wirtschaftsstruktur und den eher moderaten Rückgang der Hamburger Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009. Hamburgs Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil an Dienstleistungsbranchen gekennzeichnet, die verhaltener wuchsen als das Verarbeitende Gewerbe. Im Vergleich zu anderen Dienstleistungsbranchen konnten insbesondere Groß- und Einzelhandel deutlich zulegen. Bezogen auf das Gesamtjahr 2010 dürfte in der Hansestadt das reale Bruttoinlandsprodukt um über 3 Prozent zugenommen haben.

Dass Hamburgs Wirtschaft deutlich an Schwung gewonnen hat, zeigt zudem die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 75.600 Hamburger arbeitslos gemeldet, ein Rückgang um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist um 0,8 Prozent gestiegen. Damit liegt Hamburg über dem Bundesdurchschnitt von 0,5 Prozent. Ein erfreulicher Beleg für die Stärke der Hamburger Wirtschaft.

Konzernstrategie

Klare Ausrichtung der HASPA-Gruppe

Als geschäftsleitende Holding übernimmt die HASPA Finanzholding Verantwortung für die unternehmerische Weiterentwicklung der HASPA-Gruppe, was sich auch in der Bestellung der HASPA Finanzholding zum aufsichtsrechtlich übergeordneten Unternehmen der HASPA Finanzholding-Gruppe widerspiegelt. Die sich hieraus ergebenden gruppenbezogenen Pflichten, wie beispielsweise Einführung bzw. Ausbau eines wirksamen und angemessenen Risikomanagementsystems auf Gruppenebene entsprechend der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), sind erfolgreich umgesetzt. Die HASPA Finanzholding hat als Kernziel, den Konzern so zu positionieren, dass die Unabhängigkeit im Sinne einer strategischen Handlungsfähigkeit langfristig gesichert ist. Die Gestaltung des Konzerns und das Teilnehmungsmanagement in diesem Sinne stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Kern der Sicherung der Unabhängigkeit der HASPA Finanzholding ist ein erfolgreiches Sparkassengeschäft in der Metropolregion Hamburg. Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentrales Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Damit zielt die Ausrichtung der HASPA-Gruppe im Wesentlichen darauf ab, die Hamburger Sparkasse AG, die erneut ihre Position als Marktführer in der Region behaupten konnte, darin zu unterstützen, weiterhin profitabel zu wachsen und somit die Sparkassenidee langfristig zu sichern.

Das Bestreben der HASPA Finanzholding ist es darüber hinaus, die Sparkassenidee auch außerhalb Hamburgs zu erhalten. Die Bewältigung aktueller Herausforderun-

gen, der Erhalt von Wettbewerbsvorteilen wie regionale Verwurzelung, Marktkenntnis, flächendeckende Präsenz, menschliches Banking und eine starke Marke sowie die Verminderung von Wettbewerbsnachteilen aus der Dezentralität sind von elementarer Bedeutung, um den Sparkassensektor zukunftsfähig zu erhalten.

Dies verfolgt die HASPA Finanzholding bereits seit Jahren in erfolgreichen Partnerschaften mit den freien Instituten in Schleswig-Holstein, der Sparkasse Mittelholstein AG in Rendsburg, der Sparkasse zu Lübeck AG, der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie der Bordesolmer Sparkasse AG. Im Rahmen von kapitalunterlegten Kooperationen wird diesen Sparkassen ermöglicht, betriebswirtschaftliche Vorteile durch Nutzung von Kostensynergien und Ertragspotenzialen aus der vielfältigen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Feldern mit der Hamburger Sparkasse AG sowie anderen Unternehmen der HASPA-Gruppe zu erzielen. Die Zusammenarbeit verläuft aber nicht nur in eine Richtung. Auch die HASPA-Gruppe profitiert z. B. vom Spezialwissen ihrer Partnerinstitute sowie von Erträgen und Kostenersparnis. Für die HASPA-Gruppe und ihre Partner bieten sich somit Chancen auf ein gesundes Wachstum im originären Geschäftsfeld.

Beteiligungen an Nicht-Sparkassen integraler Bestandteil der Konzernstrategie

Auch die weiteren Beteiligungen der HASPA Finanzholding dienen dem oder unterstützen primär das Sparkassengeschäft. Die Unterstützung durch die einzelnen Beteiligungsunternehmen erfolgt unmittelbar oder mittelbar. Eine eher unmittelbare Unterstützung ergibt sich durch diejenigen Unternehmen, die mit den Sparkassen in direkten Leistungsbeziehungen für Produkte oder Dienstleistungen stehen. Eine eher mittelbare Unterstützung erfolgt durch diejenigen Unternehmen, die in angrenzenden Geschäftsfeldern die Angebote gegenüber sparkassentypischen Kunden erweitern. Die HASPA Finanzholding begleitet diese Unternehmen aktiv mit dem Ziel, bestehende Leistungsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu optimieren und gegebenenfalls auszubauen sowie die Geschäftsmodelle wachstumsorientiert weiter zu entwickeln.

Zur Unterstützung der kapitalunterlegten Kooperationen mit Sparkassen in Norddeutschland sollen um-

Konzern-Lagebericht

fassende Synergien durch die Bündelung von Mengenrösten in Servicegesellschaften gehoben werden. Die HASPA-Gruppe hat mit der NRS Norddeutsche Retail-Service AG einen erfolgreichen Dienstleistungsanbieter für wesentliche Marktfolge- und Stabsfunktionen am Markt etabliert. Ihr Angebot umfasst Leistungen, die vom Kreditservice über Marktservice und Zahlungsverkehr bis hin zu Dienstleistungen in Finanzen und Controlling reichen. Aus Sicht der Sparkassen liegen die strategischen und betriebswirtschaftlichen Vorteile einer Zusammenarbeit mit der NRS in der nachhaltigen Hebung von umfassenden Kostensynergien, in der Nutzung von ausgewiesener Expertise in einem Know-how-intensiven Geschäft sowie in der Möglichkeit der Qualitätsverbesserung.

Ferner unterstützen beispielsweise die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, die neue leben-Gesellschaften sowie die KGAL GmbH & Co. KG als Produktlieferanten sowie die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG und die HLS Hamburger Logistik Service GmbH als Dienstleister mit ihren Angeboten die Hamburger Sparkasse AG. Die Grossmann & Berger GmbH leistet mit ihrer Tätigkeit als Immobilienmakler positive Impulse nicht nur für das Baufinanzierungsgeschäft der Hamburger Sparkasse AG, sondern rundet durch qualifizierte Beratungsleistungen auch das Dienstleistungsangebot rund um die Immobilie ab.

HASPA-Gruppe auf Wachstumskurs

Die HASPA Finanzholding verfolgt konsequent das Ziel, die Sparkassenidee in einem starken Sparkassensektor in Norddeutschland langfristig abzusichern. Vor diesem Hintergrund strebt die HASPA Finanzholding die Ausweitung der kapitalunterlegten Kooperationen in Norddeutschland an. Der Landesgesetzgeber hat im Juni 2010 das Sparkassengesetz in Schleswig-Holstein novelliert, so dass es nunmehr allen Trägern, Sparkassen und vergleichbaren Trägern in Deutschland möglich ist, sich mit einer Minderheitsbeteiligung an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein zu beteiligen. Die HASPA Finanzholding ist der natürliche Partner der öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Norden. Zum einen aufgrund der regionalen Nähe, die sich in den weiter zusammenwachsenden Wirtschaftsräumen Schleswig-Holstein und Hamburg widerspiegelt. Zum anderen aber auch durch die gleichen Werte und

Wurzeln, die die Sparkassen, deren Träger und die HASPA Finanzholding verbinden.

Erste Gespräche mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen zum Eingehen einer kapitalunterlegten Kooperation befinden sich bereits auf einem guten Weg und auch weiteren Sparkassen in Norddeutschland steht die HASPA Finanzholding auf Wunsch als strategischer Partner zur Verfügung.

Aktives Beteiligungsmanagement bei Tochtergesellschaften im Sinne der Konzernstrategie

Im Geschäftsjahr 2010 führte die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG (Nord-IMMO) die in 2008 gemeinsam mit der HASPA Finanzholding eingeleitete strategische Neuausrichtung vom primären Bestandhalter eigener Immobilien hin zum Immobilienverwalter für Drittkunden im Sinne eines professionellen Property-Managements fort. Gleichzeitig hat für den Eigenbestand der avisierte, gezielte Erwerb ausgewählter Objekte mit überdurchschnittlichem Potenzial begonnen.

Im Rahmen der laufenden Neuordnung der Immobilienverwalter-Aktivitäten innerhalb der HASPA-Gruppe, die auch weitere Konzerngesellschaften der HASPA-Gruppe berücksichtigt, konnten erste Maßnahmen zur Hebung von Synergiepotenzialen erfolgreich umgesetzt werden. So führt die räumliche Zusammenlegung der Nord-IMMO mit dem Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH zu entsprechenden Effizienzsteigerungen. Die räumlichen Veränderungen bilden in Kombination mit der erfolgten Fokussierung von Managementkapazitäten das Fundament für die weitere Realisierung der identifizierten Wachstumspotenziale innerhalb der Immobiliengesellschaften der HASPA-Gruppe. Hierbei wird das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding die Organisations-, Produktions- und Vertriebsstrukturen der Immobiliengesellschaften weiterentwickeln und dabei auch weiterhin die GBG Hansegrund GmbH, ein Tochterunternehmen unseres Immobilienmaklers Grossmann & Berger GmbH, einbeziehen.

Die Geschäftsstrategie der Grossmann & Berger GmbH basiert im Kern auf zwei Säulen: Dem Bereich Gewerbecommercialimmobilien als dem historischen Kerngeschäft des Unternehmens sowie dem gemeinsam mit der HASPA

Finanzholding in den letzten Jahren erfolgreich etablierten Bereich Wohnimmobilien. Die regionale Marktführerschaft im Bereich Gewerbeimmobilien soll bei gleichzeitiger Stärkung der Kernmarke Grossmann & Berger überregional selektiv ausgebaut werden. Im Bereich Wohnimmobilien ist es nach vierjähriger konsequenter Forcierung der Wachstumsaktivitäten gelungen, Marktführer in Hamburg im klassischen Wohnsegment zu werden. Ein zentraler Bestandteil der Wachstumsstrategie ist die Positionierung als Immobilien-Dienstleister mit hoher Kundennähe. So steht Grossmann & Berger den Hamburgern und den mit Hamburg verbundenen Menschen neben dem Zentralstandort an nunmehr acht weiteren Standorten mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Die Expansion wird 2011 mit der Eröffnung eines Shops in der HafenCity fortgeführt. Um die Wachstumsaktivitäten auch künftig auf einer soliden Kapitalbasis voranzubringen, wurde das Eigenkapital von Grossmann & Berger im abgelaufenen Jahr durch die Gesellschafter um 5 Millionen Euro erhöht. Auch dies ist Ausdruck der umfassenden und langfristigen Einbindung von Grossmann & Berger in die Weiterentwicklung der Strategie der HASPA-Gruppe.

Im Zuge des aktiven Beteiligungsmanagements konnten wir die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG hinsichtlich der Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, zielgerichtet unterstützen. Die seit Anfang 2010 realisierte neue Vertriebsstruktur hat bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Effizienz mit Blick auf eine stärkere Marktdurchdringung unter Beweis gestellt, die sich in erfreulichen Marktanteilsrückgewinnen niedergeschlagen hat. Zusammen mit weiteren marktstrategisch relevanten Projekten, die insbesondere die Erweiterung des Produktportfolios auf aussichtsreiche Ziel-Markt- und Ziel-Kundensegmente im Fokus haben, soll das Erreichen des strategischen Ziels „40 plus“ nachhaltig unterstützt werden. Hierbei ist die Angleichung des LBS-Marktanteils im Bauspargeschäft an die Marktanteile der Sparkassen im Retailgeschäft vorgesehen.

Die Immobilien-Aktivitäten ergänzen die Geschäftsstrategie der HASPA-Gruppe besonders treffend. Insbesondere durch die Position als Full-Service-Anbieter

mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot rund um die Gewerbe- und Wohnimmobilie sowie dem Bausparen als bewährter Finanzierungskomponente wird den Kunden der Hamburger Sparkasse AG wertvoller Zusatznutzen neben dem klassischen Bankgeschäft geboten.

Die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktöchter HLS Hamburger Logistik Service GmbH begleiten wir intensiv dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Optimierung der Leistungs- und Organisationsstrukturen weiter zu stärken. Kontinuierlich werden Preise, Leistungsumfang und Qualität des Cashdienstleistungs-Portfolio mit dem Ziel überprüft, die Kunden – u.a. die Hamburger Sparkasse AG – weiterhin mit attraktiven Angeboten zu versorgen. Auf dieser Basis sollen weitere Drittkunden aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche in der Metropolregion Hamburg gewonnen werden, um damit auch die Beschäftigungsperspektiven für Mitarbeiter nachhaltig zu festigen. Hierbei konnten im abgelaufenen Jahr die Geschäftsbeziehungen zu bestehenden Kunden und die Bemühungen zur Akquise weiterer Sparkassen- und Handelskunden intensiviert werden. Insgesamt wurden in 2010 die wesentlichen Grundlagen gelegt, damit das angestrebte Wachstum nachhaltig erreicht werden kann.

Die KGAL GmbH & Co. KG ist einer der größten deutschen Fondsiniciatoren und einer der wenigen Anbieter, der sich bereits seit vielen Jahren unter den TOP-5-Emissionshäusern nach Platzierungsvolumen etablieren konnte. Die besondere Fondsmanagement-Qualität wurde nach 2009 auch in 2010 von der anerkannten Ratingagentur SCOPE durch die erneute Vergabe von Höchstwerten bestätigt. In den Kategorien „Flugzeuge“ und „Erneuerbare Energien“ wurde die KGAL im Jahr 2010 von der Ratingagentur Feri für die TOP 3 nominiert und hat die Kategorie „Erneuerbare Energien“ gewonnen. Damit bilden KGAL-Produkte einen wesentlichen Bestandteil des Fondsuniversums, auf das die Hamburger Sparkasse AG im Rahmen ihres kundenorientierten Best-Advice-Ansatzes zurückgreift. Durch die aktive Begleitung der Beteiligung in einem noch fokussierteren Gesellschafterkreis soll die sehr gute Wettbewerbsposition der KGAL weiter gestärkt und ihre Partizipation an den wieder wachsenden Märkten für geschlossene Retail-Fonds gefördert werden.

Konzern-Lagebericht

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit ihren Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenzzentrum erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. So übernimmt die HASPA Finanzholding die Steuer- und Rechtsberatung für alle Konzerntöchter.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses

Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2010 einen erfreulichen Konzern-Jahresüberschuss von rund 112 Millionen Euro erzielen, der durch eine wiederum konservative Bewertung und eine gegenüber dem Vorjahr erhöhte Vorsorge für künftige mögliche Risiken in Folgejahren sowie eine den Steueraufwand entlastende, nicht mehr benötigte Risikoabschirmung geprägt ist. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung wird im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Milliarden Euro auf gut 40 Milliarden Euro. Diese Ausweitung ist vornehmlich auf das gewachsene Einlagen- und Kreditgeschäft der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe stellt sich mit einer Kernkapitalquote von 10,8 Prozent und einer Gesamtkennziffer von 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert dar. Unsere Kapitalausstattung ist weiterhin eine gute Grundlage für ein unabhängiges und nachhaltiges Wachstum der HASPA-Gruppe. Auch wenn durch „Basel III“ die Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Kapital hinsichtlich Qualität und Höhe zukünftig steigen werden, kann die HASPA-Gruppe diese Kapitalanforderungen im Status quo, also auf Basis der heutigen Risiko- und Kapitalpositionen, bereits erfüllen.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem

Kundengeschäft der Institute als komfortabel zu bezeichnen. So tritt die Hamburger Sparkasse AG auch in Zeiten angespannter Geldmärkte aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf.

Entwicklung wichtiger Konzern-Unternehmen

Hamburger Sparkasse AG mit erneut zufriedenstellendem Ergebnis

Die Hamburger Sparkasse AG erreichte im Geschäftsjahr 2010 ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von knapp 308 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 12 Millionen Euro. Maßgeblichen Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung hat der Zinsüberschuss als nach wie vor größte Ertragskomponente. Zusammen mit einem verbesserten Provisionsüberschuss konnte der Anstieg des ordentlichen Aufwands überkompensiert werden.

Der Zinsüberschuss lag mit 769 Millionen Euro knapp 58 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau. Hier wirkte sich weiterhin das spürbar geringe Niveau der kurzfristigen Zinsen günstig aus. Während die Hamburger Sparkasse AG für aufgenommene Mittel eher kurzfristige Zinsbindungen eingegangen ist und infolge der niedrigen kurzfristigen Zinsen einen eher verminderten Zinssatz bezahlt, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Zinsbindungen geprägt. Im Ergebnis fiel damit der Fristentransformationsbeitrag positiv aus. Daneben konnte aufgrund des niedrigen Zinsniveaus durch spezifische Fristentransformationsmaßnahmen ein zusätzlicher positiver Zinsüberschuss erwirtschaftet werden. Bei erfreulichen Neukundenzahlen und einer Ausweitung der aktivischen und passivischen Bestände trug das Kundengeschäft unverändert den größten Teil zum Zinsüberschuss bei.

Nachdem das Jahr 2009 noch spürbar unter den Belastungen der Finanzmarktkrise stand, legte der Provisionsüberschuss in 2010 wieder um gut 10 Millionen Euro auf 239 Millionen Euro zu. Erste nachhaltigere Erholungstendenzen an den Geld- und Kapitalmärkten zusammen mit weiteren positiven Entwicklungen, wie zum Beispiel den Provisionen aus Darlehensgeschäften infolge anhaltend hoher Kreditvergaben, konnten einen Rückgang bei den Versicherungen deutlich überkompensieren.

Der Aufwand bis zum Betriebsergebnis vor Bewertung erhöhte sich um gut 52 Millionen Euro auf knapp 747 Millionen Euro. Dabei zeigen sich Verschiebungen zwischen den Positionen, die auf einen veränderten Ausweis nach BilMoG zurückzuführen sind. Konkret führen Effekte aus der jährlichen Neuberechnung der Pensionsrückstellungen erstmalig zu einer deutlichen Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die mit einer entsprechenden Entlastung im Personalaufwand einhergingen. Infolge dessen verringerte sich der Personalaufwand, obwohl der Mitarbeiteraufbau im Vertriebsbereich zur Absicherung eines nachhaltigen Wachstums im Kundengeschäft weiter fortgesetzt wurde. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um zusammen knapp 17 Millionen Euro auf in Summe rund 321 Millionen Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist insbesondere auf umfangreiche Investitionen in die IT-Landschaft der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen. Hiermit soll ein Grundstein für künftig moderatere Kostenentwicklungen gelegt werden.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind in Summe – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Insgesamt ist das Bewertungsergebnis deutlich freundlicher als im Vorjahr. Neben einer deutlich günstigeren Vorsorge im Kreditgeschäft hat sich auch das Bewertungsergebnis Wertpapiere nochmals verbessert. Insgesamt ist ein großer Teil des Bewertungsergebnisses auch auf eine weiter aufgestockte Vorsorge für künftige mögliche Risiken in den Folgejahren zurückzuführen.

Die erstmalige Anwendung des BilMoG führte zu einem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von minus 5,2 Millionen Euro. Im Wesentlichen wurden hier Aufwandseffekte aus Pensionsrückstellungen von rund 10,5 Millionen Euro sowie außerordentliche Erträge, insbesondere aus positiven Marktwerten bei Zinsswaps, ausgewiesen.

Das nach einer Steuerumlage von 83 Millionen Euro verbleibende Jahresergebnis liegt mit 79 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresergebnis und wird auf-

grund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die HASPA Finanzholding weitergereicht.

Wie in den Vorjahren wird die Hamburger Sparkasse AG auch künftig ihre bisherige Strategie in der Metropolregion Hamburg kontinuierlich weiterentwickeln. Alle Aktivitäten bleiben auf die Privat-, Individual- und mittelständischen Firmenkunden sowie das mehrfach ausgezeichnete Private Banking ausgerichtet. Aufgrund der konsequenten Fokussierung auf das Retailgeschäft mit einer umfassenden Betreuung der Kunden wird mit einer weiteren Erhöhung der Kundeneinlagen und Kreditbestände gerechnet. Für 2011 wird infolge eines nochmals steigenden Zins- und Provisionsüberschusses bei moderatem Anstieg des Verwaltungsaufwands ein Betriebsergebnis vor Bewertung auf dem erfreulichen Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG mit kontinuierlicher Stärkung der Marktposition

Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG bildet mit ihren drei Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH, ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH und NRS Consulting GmbH die NRS-Gruppe, die rund 1.350 Mitarbeiter an den Standorten Hamburg, Bremen und Neumünster sowie in einer Dependence in Lübeck beschäftigt. Die NRS-Gruppe bündelt für Sparkassen Marktfolge- und Stabsfunktionen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Kreditservice, Marktservice, Zahlungsverkehr sowie Prozessberatung. Sie ist damit der erste Komplettanbieter im deutschen Markt, der wesentliche Back-Office-Bereiche in einer „One-Stop-Shopping“-Philosophie anbietet. Durch Effizienz- und Qualitätsgewinne sowie kompetitive Preise der angebotenen Produkte stärkt die NRS die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen, eröffnet Wachstumschancen und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze bei den Sparkassen und der NRS. Mit Blick auf die laufenden und die noch zu erwartenden Veränderungen in der Bankenlandschaft ist hier ein zukunftsweisendes Kooperationsmodell im deutschen Sparkassensektor entstanden.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die NRS-Gruppe ihre Umsatzerlöse um rund 5 Prozent auf 90,5 Millionen

Konzern-Lagebericht

Euro gesteigert. Diese Umsatzzuwächse sind insbesondere auf die Entwicklung im Bestandsgeschäft zurückzuführen. Trotz der Konzentration der Sparkassen auf ihre IT-Migrationen konnten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr Neukunden gewonnen werden und der Absatz neuer Produkte entwickelte sich positiv. Im Ergebnis hat die NRS einen Bilanzgewinn von 1,3 Millionen Euro erzielt. Davon wird eine Million Euro ausgeschüttet, die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil von 0,6 Millionen Euro phasengleich in 2010.

Auch in Zukunft sollen weitere Sparkassen aus Norddeutschland als Mandanten gewonnen werden. Dem zunehmenden Wettbewerb und dem Marktdruck wird die NRS durch eine konsequente Ausrichtung auf die Optimierung und Standardisierung begegnen. Durch diese Standardisierung, eine kostengünstigere Produktion sowie ein moderates Kundenwachstum wird insgesamt für die kommenden Jahre ein Ergebnis auf gleichbleibendem Niveau erwartet.

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG mit signifikanten Neugeschäftszuwächsen

Vor dem Hintergrund eines anhaltend günstigen Bausparklimas sowie eines überdurchschnittlichen Wachstums der Wohnungsbauinvestitionen hat sich der Bausparumsatz der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (LBS) im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr spürbar belebt und lag deutlich über den durchschnittlichen Neugeschäftszuwächsen der gesamten Bausparbranche.

So ist es der LBS im Geschäftsjahr 2010 gelungen, den Absatz der Bausparneuverträge bezogen auf die Bausparsumme um 22,5 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro zu steigern, womit der Neugeschäftszuwachs weit oberhalb des LBS-Gruppendurchschnitts von 10 Prozent lag. Infolge dessen konnten in beiden Marktgebieten Marktanteile zurückgewonnen werden, die sich zum Jahresultimo für die Marktgebiete Hamburg auf 44,1 Prozent und Schleswig-Holstein auf 29 Prozent einpendelten. Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich dabei auf 50 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 36 Prozent und der eigene Außendienst trug mit einem Vertriebsanteil von 13 Prozent zum Absatzerfolg bei. Zum Jahresende be-

treute die LBS insgesamt 469.957 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 13 Milliarden Euro, die sich damit leicht um 2,5 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft der LBS hat sich im Berichtsjahr differenziert entwickelt. Aufgrund eines gesunkenen Zinsniveaus ging der produktspezifische Zinsvorteil kollektiver Baudarlehen aus zuteilungsreifen Verträgen älterer Tarifgenerationen etwas verloren, so dass die Kreditbewilligungen um 5 Prozent rückläufig waren. Dagegen gewann das außerkollektive Kreditgeschäft nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr wieder spürbar an Schwung. Unterstützt von einer zweimonatigen Kreditaktion legten die Bewilligungen um 83 Prozent auf 123 Millionen Euro zu. Insgesamt entwickelte sich damit das Baufinanzierungsgeschäft der LBS entgegen dem allgemeinen Branchentrend höchst erfreulich.

In einem insgesamt intensiven Wettbewerbsumfeld im Bausparmarkt hat die LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 in Summe ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielt. Tragende Säule war dabei ein gegenüber dem Vorjahr verbesserter Zinsüberschuss, der die Belastungen resultierend aus der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen infolge der erstmaligen Anwendung des BilMoG weitgehend kompensieren konnte. Insgesamt erhöhte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,7 Prozent auf 16,1 Millionen Euro. Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss von 8 Millionen Euro ausgewiesen, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden soll.

Die LBS geht davon aus, dass die Akzeptanz des Bausparens in breiten Kreisen der Bevölkerung unverändert hoch ist. Dies nicht zuletzt auch, da sich das Bausparen während der Finanzmarktkrise als ein Finanzierungsprodukt mit hoher Sicherheit und Zuverlässigkeit bewährt hat. Zudem sind die Potenziale für den Abschluss von „Wohn-Riester“-Verträgen im Zusammenhang mit der Altersvorsorgeförderung bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Neben dem Schwerpunkt bausparunterlegter Immobilienfinanzierungen der Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg bietet auch der Modernisierungsmarkt für die Ausweitung des Bausparumsatzes günstige Perspektiven.

Für das Geschäftsjahr 2011 rechnet die LBS daher mit weiteren Neugeschäftszuwächsen von rund 1,7 Milliarden Euro auf 1,8 Milliarden Euro und damit einem konsequenten Ausbau der Marktposition. Insbesondere die neue Vertriebsstruktur sowie ein noch konsequenter entlang der Kundenbedürfnisse ausgerichtetes Produktportfolio sollte sich mit Blick auf die strategische Stoßrichtung „40 plus“ günstig auswirken.

Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH profitiert erneut von Gewinnsteigerung der neue leben

Die mit 19 Prozent an der neue leben Holding AG beteiligte Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn in Höhe von rund 3,2 Millionen Euro, der vollständig an die HASPA Finanzholding abgeführt wird und im Wesentlichen aus einer verbesserten Ausschüttung der neue leben Holding AG resultiert. Der Bilanzgewinn dieser Gesellschaft stieg in dem hier maßgeblichen Geschäftsjahr 2009 um 1,7 Millionen Euro auf 16,7 Millionen Euro an; diese Entwicklung ist insbesondere auf einen wachsenden Bestand im Restschuldbeschäft zurückzuführen.

Die neue leben Lebensversicherung AG bietet ihren Kunden auch 2011 mit 5,25 Prozent eine im Marktvergleich überdurchschnittlich hohe Gesamtverzinsung. Dem anhaltend historisch niedrigen Zinsniveau wird dabei mit einer leichten Anpassung der seit fünf Jahren stabilen Gesamtverzinsung Rechnung getragen. Wesentliche Gründe für die gute Gesamtverzinsung sind neben einer sicherheitsorientierten sowie nachhaltigen Kapitalanlagepolitik insbesondere die Finanzstärke und Kostenstruktur der Gesellschaft.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG mit sichtbaren Erfolgen als Immobilienverwalter im Rahmen der strategischen Neuausrichtung

Die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG (Nord-IMMO) konnte das Geschäftsjahr 2010 mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 1 Million Euro abschließen. Dabei gelang es der Geschäftsführung der Nord-IMMO gemeinsam mit der HASPA Finanzholding, die Gesellschaft als Immobilienverwalter für Drittkunden erfolgreich zu positionieren und diese Marktstellung zu behaupten. Die Gesellschaft bietet ihren Kunden professionelles Property-Management

aus einer Hand an und wird für eine kontinuierlich verbesserte Wahrnehmung diese Ausrichtung weiterhin schärfen und aktiv kommunizieren. Ferner wurden Investitionen in ausgesuchte Immobilien vorgenommen, um damit das eigene Immobilienportfolio gezielt und renditeorientiert zu erweitern.

Im Rahmen der Neuordnung der Immobilienverwalter-Aktivitäten innerhalb der HASPA-Gruppe konnten erste effizienz erhöhende Maßnahmen umgesetzt werden. Dieser Prozess wird auch im laufenden Jahr durch das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding fortgeführt werden.

Grossmann & Berger GmbH hat von den positiven Markttrends deutlich profitiert

Gegenüber dem Vorjahr hat unsere Maklertochter Grossmann & Berger GmbH Umsatz und Ergebnis deutlich gesteigert. Dies reflektiert einerseits die positive Marktsituation auf dem Gewerbe- und Wohnmarkt, andererseits die erfreulich hohe Marktdurchdringung von Grossmann & Berger in Hamburg. Im Investmentbereich wurden vermehrte Aktivitäten von institutionellen Investoren beobachtet, wovon Grossmann & Berger als präferierter Ansprechpartner profitiert hat. Der Vermietungsbereich partizipierte ebenfalls an dem Anstieg des Flächenumsatzes und somit der positiven Marktentwicklung. Im Bereich Wohnen konnte die Marktposition durch die kontinuierliche Fortsetzung der Expansion mit einem weiteren Standort (Niendorf) sowie der Aufstockung von Mitarbeiterkapazitäten in bestehenden Immobilienshops weiter ausgebaut werden.

Mit einem Umsatz von rund 20,8 Millionen Euro wurde im Geschäftsjahr 2010 ein Jahresüberschuss von 2,8 Millionen Euro erzielt. Der auf die HASPA Finanzholding entfallende Teil des Jahresüberschusses wurde phasengleich in 2010 vereinnahmt. In 2011 rechnet Grossmann & Berger bereichsübergreifend mit weiterhin belebten Märkten. Das auch weiterhin fest angestrebte Wachstum soll im laufenden Jahr durch entsprechende Investitionen unterlegt werden, um so die regionale Marktführerschaft auszubauen und gleichzeitig die überregionale Marktposition zu stärken. Vor diesem Hintergrund wird insgesamt davon ausgegangen, ein gegenüber dem Vorjahr leicht reduziertes Ergebnis zu realisieren.

Konzern-Lagebericht

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2010 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht

Risikomanagementziele und Organisation

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe.

Die Erfassung von Risiken in der HASPA-Gruppe zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird durch das konzernweite Beteiligungscontrolling der HASPA Finanzholding gewährleistet und gleichzeitig um die dezentral in den einzelnen Gruppenunternehmen installierten Risikomanagementsysteme ergänzt, über deren Ergebnisse der HASPA Finanzholding regelmäßig berichtet wird. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen.

Neben den zentral und dezentral bestehenden Risikomanagementsystemen wurde aufgrund der Bestimmung der HASPA Finanzholding zum aufsichtsrechtlich übergeordneten Unternehmen der HASPA-Gruppe das Risikomanagementsystem auf Gruppenebene in 2010 konzeptionell und operativ erweitert.

In diesem Zusammenhang wurde eine auf der Geschäftsstrategie basierende Risikostrategie erstellt, die ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Im Mittelpunkt steht hierbei insbesondere die Fokussierung auf Geschäfte, deren Kosten, Nutzen und Risiko in angemessenem Verhältnis zueinander stehen. Die Risikopraxis im Sparkassen-Kundengeschäft erfolgt mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Bei der Risikoallokation steht der langfristige Geschäftserfolg im Vordergrund.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Die Risikoüberwachung im aufsichtsrechtlichen Sinne wird im Unternehmensbereich Finanz- und Beteiligungsmanagement wahrgenommen, wobei die NRS Norddeutsche Retail-Service AG als der HASPA-Gruppe angehöriges Dienstleistungsunternehmen unterstützend tätig wird. Die operative Risikosteuerung in Form einer aktiven Risikopraxis bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung des gruppenweiten Limitsystems. Der im Unternehmensbereich Finanz- und Beteiligungsmanagement erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt, auf dessen Basis die Aufsichtsgremien informiert werden.

Konzernweites Beteiligungscontrolling

Auf Ebene der HASPA Finanzholding erfolgt eine Risikobetrachtung mithilfe eines konzernweiten Beteiligungscontrollings auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Auf der Basis der Geschäftsstrategie der HASPA Finanzholding wird regelmäßig eine Analyse des Beteiligungsportfolios vorgenommen, die eine wesentliche Grundlage für die Beteiligungsstrategie der HASPA Finanzholding darstellt. Die Untersuchung des Beteiligungsportfolios berücksichtigt unter anderem die individuelle Positionierung der Beteiligungsunternehmen in den jeweiligen Märkten sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse. Aus den Analyseergebnissen werden gegebenenfalls entsprechende Maßnahmenpläne abgeleitet und umgesetzt.

Unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele werden in einem jährlichen Prozess durch das Management der Konzernunternehmen – in Abstimmung mit dem Beteiligungscontrolling der HASPA Finanzholding – operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen der Beteiligungsgesellschaften abgeleitet.

Auf dieser Basis werden in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw.

letzten Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen im Rahmen des oben skizzierten Diskussionsprozesses zwischen Beteiligungscontrolling, Management der Beteiligungsunternehmen und Vorstand der HASPA Finanzholding entwickelt. Diese quartalsweise Betrachtung mündet in die an den Vorstand gerichtete Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis und darüber hinaus gegen Ende des Geschäftsjahres die Ergebnisse der folgenden drei Geschäftsjahre prognostiziert. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen wie auch die (Mehrjahres-)Planungen werden regelmäßig dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen wesentliche Erkenntnisse aus den Risikomanagementsystemen dieser Unternehmen einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Etwaige Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen können somit frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Schritte eingeleitet werden.

Risikomessung und -steuerung nach MaRisk – Risikotragfähigkeitskonzept

Für die konzeptionelle und operative Erweiterung des zentralen Risikomanagements hinsichtlich der Anforderungen aus den MaRisk wurden die in das Risikomanagement einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt.

Die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken werden in das Risikomanagement einbezogen und regelmäßig überwacht.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt; dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Hierfür wird eine Quantifizierung der Risiken für einen Risikohorizont von 12 Monaten vorgenommen. Soweit möglich erfolgt die Risikomessung

barwertig mit geeigneten VaR-Modellen. Bei der Aggregation der Risikoarten werden keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen unterstellt; über eine Korrelationsannahme von eins wird vielmehr bewusst ein konservativer Ansatz gewählt. Die Risikodeckungsmasse besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding, den Vorsorgereserven und Gewinnrücklagen sowie dem Konditionenbeitragsbarwert und den stillen Reserven der Wertpapiere der Hamburger Sparkasse AG.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikokapitallimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die grundsätzliche Bedingung, dass nur rund 1/3 der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Limitfestsetzung disponiert wird, womit dem Prinzip der 3-fachen Überlebenswahrscheinlichkeit Rechnung getragen wird. Gleichzeitig wird bei der Limitfestsetzung überprüft, ob die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Nebenbedingung sichergestellt werden kann. Hierdurch wird verhindert, dass Eigenkapitalbestandteile, die zur Unterlegung der Anforderungen aus der SolvV benötigt werden, auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikokapitallimits der Gruppe werden Risikokapitallimite für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten entsprechende Steuerungsmaßnahmen nach sich zieht.

Die seit dem 30.09.2010 auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31.12.2010 eine komfortable Limitauslastung von 43,5 Prozent. Die Verteilung der Limitauslastung auf die Risikokategorien stellte sich dabei wie folgt dar:

Adressenausfallrisiko	31,6 %
Beteiligungsrisiko	7,8 %
Marktpreisrisiko	30,6 %
Fristentransformationsrisiko	4,5 %
Operationelles Risiko	25,5 %

Konzern-Lagebericht

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankenkonzerne traditionell zentrale Risikoart weist auch in der HASPA-Gruppe das höchste Risikopotenzial auf.

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken).

Das Adressenausfallrisiko setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Dem erwarteten Adressenausfallrisiko und dem unerwarteten Adressenausfallrisiko. Das erwartete Adressenausfallrisiko ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Es spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Verluste in Form von Wertberichtigungen und Abschreibungen wider. Im Rahmen der Risikovorsorge wird dieser Verlusterwartung Rechnung getragen, so dass für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung stattfindet. Das unerwartete Adressenausfallrisiko, gemessen als Credit-VaR, stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird für die Quantifizierung des Adressenausfallrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe herangezogen.

Der Credit-VaR ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99 Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) des DSGV. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31.12.2010 betrug das Risikopotenzial 189,7 Millionen Euro.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt dabei auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko der Hamburger Sparkasse AG ist insbesondere gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert.

Beteiligungsrisiko

Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding und der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei alle offenen und stillen Beteiligungen an verbundenen und assoziierten Unternehmen sowie die sonstigen offenen und stillen Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden durch die HASPA Finanzholding Darlehen gewährt, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen und daher dem Beteiligungsrisiko zugeordnet werden.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus der SolV und wird durch die Anwendung eines Risikofaktors auf die Beteiligungsbuchwerte ermittelt. Das Risikopotenzial betrug zum 31.12.2010 46,7 Millionen Euro.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinsen, Spreads, Devisen- und Aktienkursen. Dies schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein. Die Marktpreisrisiken in der HASPA-Gruppe resultieren im Wesentlichen aus den über Spezialfonds gehaltenen Kapitalanlagen.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird über ein Portfoliomodell ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Für die Ermittlung des Portfoliorisikos wird ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen und der Liquidität der Asset-

klassen eine Haltedauer von einem Monat bis einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risiko lag zum 31.12.2010 bei 184 Millionen Euro.

Fristentransformationsrisiko

Unter dem Fristentransformationsrisiko als Ausprägung des Marktpreisrisikos verstehen wir das potenzielle Verlustrisiko beim Fristentransformationsbeitrag, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden Zinsstrukturkurve entstehen kann. Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite.

Auch zur Ermittlung des Fristentransformationsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Das potenzielle Risiko betrug zum Jahresende 27,3 Millionen Euro.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert. Aufgrund der Risikomessmethode wurde das operationelle Risiko zum 31.12.2010 mit 152,8 Millionen Euro äußerst konservativ ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Schadensfälle in der HASPA-Gruppe, die aus operationellen Risiken resultieren, zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsaufwand erhöht.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Während die HASPA Finanzholding aufgrund des hohen Bestandes an liquiden Aktiva und vollständiger Eigenkapital-Refinanzierung keinem nennenswerten Liquiditätsrisiko unterliegt, spielt die Steuerung des Liquiditätsrisikos bei der Hamburger Sparkasse AG und der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit und -struktur eine wesentliche Rolle.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher im Wesentlichen auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die regelmäßig an die HASPA Finanzholding übersandt und im Risikobericht dargestellt werden. Zusätzlich erfolgt für die Institute eine Überwachung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern nach der Liquiditätsverordnung. Oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen wurden Schwellenwerte definiert, bei deren Unterschreitung Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität ergriffen werden.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten komfortabel. Die Liquiditätsanalysen der Institute lassen keine wesentlichen Risiken erkennen. Die Kennziffern der Institute nach der Liquiditätsverordnung und die definierten Schwellenwerte wurden in 2010 jederzeit eingehalten.

Stresstests

Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibler möglicher Ereignisse überprüft wird. Sie werden grundsätzlich quartalsweise in Form von Szenariobetrachtungen und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Hierbei wird zum einen für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99,0 Prozent auf 99,9 Prozent erhöht. Darüber hinaus werden pro Risikoart die wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen

Konzern-Lagebericht

variiert. In diesem Rahmen werden für das Adressenausfallrisiko konjunkturell bedingt höhere Ausfallraten angenommen. Für das Fristentransformationsrisiko werden Verschiebungen der Zinsstrukturkurve simuliert und für das Marktpreisrisiko Anhebungen der Korrelationen bei den Kapitalanlagen. Im Bereich des Beteiligungsrisikos werden erhöhte Abschreibungen aufgrund rückläufiger Ertragswerte unterstellt.

Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig der Risikodeckungsmasse und dem Gesamtrisikokapitallimit gegenübergestellt. Die seit dem 30.09.2010 vorgenommenen Stresstests führten in keinem Fall zu einer Überschreitung des Limits. Die Limitauslastung bei einer Erhöhung des Konfidenzniveaus von 99,0 Prozent auf 99,9 Prozent lag zum 31.12.2010 bei 67,2 Prozent. Die Sensitivitätsanalysen führten im schweren Szenario aggregiert zu einer Limitauslastung von 57,4 Prozent. Die Risikotragfähigkeit war somit auch im Stressfall jederzeit gegeben.

Neben den quartalsweisen Stresstests wird auf jährlicher Basis die Mittelfristplanung der HASPA Finanzholding einem Stresstest unterzogen. In Anlehnung an die durch das CEBS durchgeführten Stresstests und dabei verwendeter Szenarien wurde in 2010 u.a. ein rückläufiges Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Anstieg des Zinsniveaus und Wertverlusten bei den Finanzanlagen unterstellt. Trotz des hieraus resultierenden vollständigen Wegfalls der Beteiligungserträge in 2011 und signifikant erhöhten Abschreibungen auf Beteiligungen und Kapitalanlagen ist der simulierte Verlust im Verhältnis zum bestehenden Eigenkapital moderat. Für 2012 und 2013 können auch im Stress-Szenario wieder positive Ergebnisse ausgewiesen werden. Die HASPA Finanzholding profitiert im Stress-Szenario insbesondere von der eigenkapitalbasierten Refinanzierung und vergleichsweise geringen Fixkosten.

Risikobewertung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungsle-

gungsprozess ist im Bereich Finanz- und Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch einen konzerninternen Dienstleister vorgenommen. Dessen Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland sieht sich weiterhin einem günstigen gesamtwirtschaftlichen Szenario gegenüber: Die Beschäftigung steigt, die Ertragslage im Unternehmenssektor ist gut. Die Verschuldung bei Konsumenten wie Unternehmen ist recht niedrig. Neben den Investitionen dürfte auch der private Konsum weiter im Aufwind sein. Denn die gute Arbeitsmarktlage stärkt das Verbrauchervertrauen und sorgt für eine Steigerung der Markteinkommen. Eine Wiederholung der hohen Wachstumsziffer des Jahres 2010 wird 2011 nicht möglich sein; eine reale Wachstumsrate von 2 bis 3 Prozent erscheint allerdings durchaus erreichbar.

Bei der Zinsenwicklung wird sich die Europäische Zentralbank mit Blick auf die labile Lage in den Randstaaten der Euro-Zone länger mit Erhöhungen zurückhalten, als dies aus Sicht des sich stärker entwickelnden Kerneuropas angebracht erschiene. Deutsche Unternehmen profitieren jedoch von der Tatsache, dass sie sich ohne Länderrisikoprämien refinanzieren können. Auch von daher dürfte die deutsche Investitionsdynamik hoch bleiben.

Damit entwickelt der Aufschwung selbsttragenden Charakter, so dass erste Schritte in Richtung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes möglich erscheinen. Im Hinblick auf die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse und dem bereits in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich recht moderaten Verschuldungskurs ist Deutschland gut positioniert, wie der Blick auf die ruckartigen Sparbemühungen der stärker erschütterten Länder deutlich macht.

Hamburg weiter auf Wachstumskurs

Auch in Hamburg wird sich 2011 die kräftige Konjunkturerholung des Vorjahres in abgeschwächter Form fortsetzen. Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt, dass bei den Geschäftserwartungen wie auch bei Investitions- und Personalplänen bei den befragten Hamburger Unternehmen die positiven Erwartungen überwiegen. Die Planungen der Unternehmen deuten somit auf eine merkliche Expansion bei Investitionen und Beschäftigung hin. Die Hamburger Wirtschaftsleistung dürfte 2011 um über 2 Prozent ansteigen. Der anhaltende Konjunkturaufschwung wird sich auf den Hamburger Arbeitsmarkt positiv auswirken.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Die HASPA Finanzholding steht für ein dezentrales Sparkassensystem und eine langfristige Sicherung der Sparkassenidee. Nach der Änderung des Sparkassengesetzes für Schleswig-Holstein im Juni 2010 steht die HASPA Finanzholding auch öffentlich-rechtlichen Sparkassen als strategischer Partner zur Verfügung. Kapitalunterlegte Kooperationen mit der HASPA Finanzholding können ein wesentlicher Beitrag für eine weiterhin umfassende Versorgung der mittelständisch geprägten Wirtschaft mit Krediten sein. Unter anderem fördern sie dabei auch das Wachstum der Partnersparkassen. Ein nachhaltig profitables Wachstum ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Eigenständigkeit der Sparkassen vor Ort.

Den eingeschlagenen Kurs der HASPA-Gruppe in Richtung des weiteren Ausbaus der kapitalunterlegten Kooperationen gilt es auch im Jahr 2011 kontinuierlich mit dem Ziel fortzusetzen, zukunftsichere Lösungen für die Sparkassen in Norddeutschland gemeinsam zu erreichen.

Gezieltes Wachstum streben wir auch für die Nicht-Sparkassen im Konzern an, wobei wir aktuell einen überwiegend organischen Verlauf als realistisch ansehen. Nach derzeitigem Stand gehen wir davon aus, dass die HASPA-Gruppe nach einem leicht rückläufigen Konzern-Jahresüberschuss 2011 ab dem Jahr 2012 wieder auf einen Wachstumspfad einschwenkt. Die erwartete Entwicklung der Unternehmen der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der klaren strategischen Ausrichtung und dem Wachstumspotenzial im Retailbanking in der Metropolregion Hamburg sowie einem fokussierten und aktiven Beteiligungsmanagement beeinflusst. Für die Hamburger Sparkasse AG wird ein erfreuliches Betriebsergebnis vor Bewertung für 2011 wie auch für das Folgejahr prognostiziert, das im Wesentlichen aus höheren Überschüssen einerseits im kapitalmarktorientierten Geschäft – wie der Fristentransformation oder den Beiträgen aus der Eigenanlage – resultiert und zum anderen auf das Kundengeschäft zurückzuführen ist.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die HASPA-Gruppe erwartet für die Jahre 2011 und 2012 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen deutlich größere Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Wir sind zuversichtlich, dass die klare strategische Ausrichtung der HASPA-Gruppe und unsere führende Marktposition in der Metropolregion Hamburg es uns ermöglichen, auch zukünftig mit engagierten Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Geschäftsleitungen der Beteiligungsunternehmen erfolgreich in unseren Geschäftsgebieten tätig zu sein. Die positiven Zukunftsperspektiven der HASPA-Gruppe werden wir nutzen, um erfolgreich und selbständig die Sparkassenidee für Hamburg und in Norddeutschland zu sichern.

Hamburg, den 30. März 2011

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2010

Aktiva

Alle Betragsangaben in T€

		2010	2009
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		200.514	257.779
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		192.509	498.223
		393.022	756.002
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		-	-
b) Wechsel		-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		565.377	525.253
b) andere Forderungen	(1)	1.647.138	3.442.019
		2.212.516	3.967.272
4. Forderungen an Kunden	(2)	26.774.742	24.878.883
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	10.960.135		(10.261.770)
Kommunalkredite	204.532		(339.986)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	680.187		(733.332)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(3)		
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		1.924.879	1.687.972
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.924.879		(1.588.162)
bb) von anderen Emittenten		2.026.800	2.690.843
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.844.098		(2.507.182)
		3.951.679	4.378.815
c) eigene Schuldverschreibungen		-	111.061
Nennbetrag	-		(108.538)
		3.951.679	4.489.876
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(4)	5.643.243	4.528.182
6a. Handelsbestand	(5)	272.689	-
7. Beteiligungen	(6)	186.981	204.262
darunter: an Kreditinstituten	12.453		(12.367)
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.157		(9.157)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		33.728	30.083
darunter: an Kreditinstituten	-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-		(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen	(7)	80.923	73.431
10. Treuhandvermögen	(8)	488	636
darunter: Treuhandkredite	488		(636)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-	-
12. Immaterielle Anlagewerte	(9)		
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.960	19.166
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-	-
d) geleistete Anzahlungen		50.175	-
		59.135	19.166
13. Sachanlagen	(9)	163.803	168.775
14. Sonstige Vermögensgegenstände	(10)	263.694	195.143
15. Rechnungsabgrenzungsposten	(11)	5.459	7.650
Summe der Aktiva		40.042.101	39.319.361

Passiva

Alle Betragsangaben in T €

		2010	2009
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(12)		
a) täglich fällig		312.905	226.731
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.433.326	4.122.376
		4.746.231	4.349.107
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(13)		
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		5.825.938	6.056.462
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		11.419	15.663
		5.837.357	6.072.125
b) Bauspareinlagen		775.216	748.302
c) andere Verbindlichkeiten			
ca) täglich fällig		12.711.207	11.747.174
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		8.261.285	8.802.847
		20.972.492	20.550.021
		27.585.064	27.370.448
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(14)		
a) begebene Schuldverschreibungen		3.486.325	3.604.756
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-		(-)
		3.486.325	3.604.756
3a. Handelsbestand	(15)	46.942	-
4. Treuhandverbindlichkeiten	(16)	488	636
darunter: Treuhandkredite	488		(636)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(17)	123.541	98.048
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(18)	40.777	46.488
6a. Passive latente Steuern	(19)	1.363	-
7. Rückstellungen	(20)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		536.547	509.537
b) Steuerrückstellungen		71.861	84.282
c) andere Rückstellungen		172.740	138.116
		781.147	731.935
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung		287	-
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		4.373	14.228
9. Genusrechtskapital		4.502	4.502
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	4.502		(4.502)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		3.848	1.848
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000		(-)
11. Eigenkapital	(21)		
a) gezeichnetes Kapital		-	-
b) Kapitalrücklage		-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage		2.863.125	2.802.136
cb) andere Rücklagen		21.027	20.507
		2.884.153	2.822.643
d) Konzernbilanzgewinn		323.141	265.100
e) Anteile im Fremdbesitz		9.919	9.622
		3.217.213	3.097.365
Summe der Passiva		40.042.101	39.319.361
1. Eventualverbindlichkeiten	(22)		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		996.690	999.989
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-	-
		996.690	999.989
2. Andere Verpflichtungen	(22)		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.410.702	1.676.255
		1.410.702	1.676.255

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Alle Betragsangaben in T €	2010	2009
1. Zinserträge aus (23)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.283.342	1.304.399
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	73.845	132.287
	1.357.187	1.436.686
2. Zinsaufwendungen (24)	694.607	860.949
	662.580	575.737
3. Laufende Erträge aus (25)		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	143.779	174.186
b) Beteiligungen	6.890	4.609
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	4.137	6.428
	154.806	185.223
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	530	2.146
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	4.398	1.100
6. Provisionserträge (26)	271.692	256.481
7. Provisionsaufwendungen (27)	32.780	27.390
	238.911	229.091
8. Nettoertrag des Handelsbestands (28)	1.146	16.449
9. Sonstige betriebliche Erträge (29)	125.314	97.489
	1.187.686	1.107.235
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	317.327	303.865
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	77.150	101.055
darunter: für Altersversorgung	20.974	(46.746)
	394.477	404.920
b) andere Verwaltungsaufwendungen	290.705	274.898
	685.183	679.818
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	14.747	15.359
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen (30)	125.514	70.561
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	141.039	185.968

Alle Betragsangaben in T€	2010	2009
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
	141.039	185.968
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	18.731	13.110
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	-	-
	18.731	13.110
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	469
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	202.472	141.950
19. Außerordentliche Erträge	6.808	1
20. Außerordentliche Aufwendungen	13.163	9
21. Außerordentliches Ergebnis (31)	-6.355	-8
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (32)	74.697	85.595
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	9.292	-51
	83.989	85.544
24. Konzernjahresüberschuss	112.128	56.398
25. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	610	391
26. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	-	-
27. Konzerngewinn	111.518	56.007

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

in Mio €	Mutterunternehmen			Minderheiten- gesellschafter			Konzern- Eigen- kapital
	Sicher- heits- rücklage	Erwirtschaftete Konzern- Eigenkapital	Unterschieds- betrag aus der Kapital- konsolidierung	Eigen- kapital	Minder- heiten- kapital	Eigen- kapital	
Stand am 01.01.2009	2.729,6	281,6	20,6	3.031,9	10,3	10,3	3.042,1
Verwendung							
Bilanzgewinn	72,5	-72,5	-	-	-	-	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-1,0	-1,0	-1,0
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2
Konzern- Jahresüberschuss	-	56,0	-	56,0	0,4	0,4	56,4
Stand am 31.12.2009	2.802,1	265,1	20,5	3.087,8	9,6	9,6	3.097,3
Verwendung							
Bilanzgewinn	53,5	-53,5	-	-	-	-	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-0,7	-0,7	-0,7
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen *)	7,5	-	0,5	8,0	0,4	0,4	8,4
Konzern- Jahresüberschuss	-	111,5	-	111,5	0,6	0,6	112,1
Stand am 31.12.2010	2.863,1	323,1	21,0	3.207,3	9,9	9,9	3.217,1

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2010 der HASPA Finanzholding in Höhe von 112,0 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2010 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 804,1 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

*) Berücksichtigt sind Anpassungen aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) bei der HASPA Finanzholding und bei assoziierten Unternehmen sowie Einzahlungen im Rahmen einer Kapitalerhöhung.

Kapitalflussrechnung	2010 T €	2009 T €
1. Jahresüberschuss	112.128	56.398
2. + Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	174.517	214.437
3. +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	49.212	23.747
4. +/- andere zahlungswirksame Aufwendungen/ Erträge des Handelsbestands	404	-
5. -/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-346	590
6. -/+ sonstige Anpassungen (Saldo)	12.093	-3.243
7. Zwischensumme	348.008	291.929
8a. +/- Forderungen an Kreditinstitute	1.754.756	1.275.005
8b. +/- Forderungen an Kunden	-2.032.019	-1.653.165
9. +/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) und Handelsbestand	-854.431	-1.033.030
10. +/- andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-66.212	-25.975
11a. +/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	397.124	-432.729
11b. +/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	214.616	1.391.983
12. +/- verbrieftete Verbindlichkeiten	-118.431	397.104
13. +/- nachrangige Verbindlichkeiten	-9.854	-
14. +/- andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	66.576	-56.583
15. Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-299.867	154.539
16. + Einzahlungen aus dem Verkauf von Anteilen an konsolidierten Unternehmen	-	-
17. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	754	1.547
18. + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-	-
19. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-13.029	-6.931
20. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.257	-4.723
21. +/- Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-43.894	-15.062
22. Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-62.426	-25.169
23. +/- Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	-	-
24. - Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-687	-961
25. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-687	-961
26. Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-299.867	154.539
27. Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-62.426	-25.169
28. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-687	-961
29. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-	-
30. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	756.002	627.593
31. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	393.022	756.002

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben

Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2010 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in der Fassung nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die in Artikel 66 Abs. 3 Einführungsgesetz zum HGB (EGHGB) genannten anzuwendenden Vorschriften ab dem Geschäftsjahr 2010 wurden beachtet. Gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Vorjahreszahlen nicht anzupassen.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für die zu konsolidierenden Tochterunternehmen nach Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB weiterhin nach der Buchwertmethode. Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen.

Die im Rahmen der Erstkonsolidierung entstandenen passivischen Unterschiedsbeträge werden als „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“

in den Rücklagen ausgewiesen. Die aktivischen Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung wurden mit den Rücklagen verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum 31.12.2009 einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt. Sich ergebende Geschäftswerte werden in Anbetracht der langfristigen Zusammenarbeit mit den assoziierten Unternehmen und der vergleichweisen Stabilität des Branchenumfelds über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen 1. Januar 2006	60,00

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 19 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an 4 Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- LBS Bausparkasse Schleswig- Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2010 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigen- kapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt 31. Dezember 2005	25,10
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2006	24,62

Der Stimmrechtsanteil bei der Sparkasse Mittelholstein AG beträgt 25,71 %.

Im Berichtsjahr wurden fünf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Konzern-Anhang

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte

Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ wurden in der Darunterposition „durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen, d.h. es wurden neben den ausschließlich grundpfandrechtl. gesicherten Krediten auch die Realkreditanteile aus Gesamtdarlehen hier ausgewiesen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Teilbestand von Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 79 Mio Euro ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Buchwert dieser Papiere beträgt 77 Mio Euro; der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 74 Mio Euro.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand

Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden

Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Handelsaktiva und -passiva erfolgt zum Mittelkurs.

Das im Rahmen des Marktpreisrisikos gemäß MaRisk ermittelte Risiko (VaR) wird für den Risikoabschlag gemäß BilMoG herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Tag, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzun-

gen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen

Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Im Geschäftsjahr wurde ein Zinssatz von 5,17 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,10 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 1 % und 5 %.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Bei Deckungsgeschäften mit direkter Zuordnung zum jeweils abgesicherten Aktivposten erfolgt die Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung von Swapstellen.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Bewertungseinheiten

Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Scheckscheindarlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Konzern-Anhang

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten. Das derivative Kundengeschäft sowie das back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das back-to-back-Sicherungsgeschäft werden – auf Basis entsprechender Dokumentation – jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmetho-

de im Sinne des IDW ERS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate

Zinsswaps und Swaptions werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt. Eine Bewertung wurde insoweit nicht vorgenommen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewickelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

	2010 Mio €	2009 Mio €
(1) Forderungen an Kreditinstitute		
Aufgliederung der Unterposition		
b) andere Forderungen nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.105,4	2.339,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	92,7	578,6
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	89,0	69,4
- über 5 Jahre	33,5	69,8

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen und
Kommunalkredite enthalten.

In den Forderungen sind 450,0 Mio Euro gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

	2010 Mio €	2009 Mio €
(2) Forderungen an Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	14,9	14,7
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	46,5	45,5
Nachrangige Forderungen	0,4	1,4
darunter: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,4	1,4
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.505,7	1.630,2
- über 3 Monate bis 1 Jahr	1.735,2	1.473,5
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	6.010,3	5.523,1
- über 5 Jahre	15.881,2	14.797,0
- mit unbestimmter Laufzeit	927,6	692,8

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in
Höhe von 10.960,1 Mio Euro und Kommunalkredite
in Höhe von 204,5 Mio Euro enthalten.

In den anderen Forderungen in Höhe von 14.929,9
Mio Euro sind 38,0 Mio Euro gegen Beleihung von
Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft
Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen

beliefen sich am Bilanzstichtag auf 1,1 Mio Euro,
das sind 0,16 % des Bestands.

	2010 Mio €	2009 Mio €
Die Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	235,3	-
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	432,6	-
c) sonstige	12,3	-
darunter: - durch Grundpfandrechte gesichert	11,9	(-)
	680,2	-
Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	51,5	52,1
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	12,6	5,2
c) sonstige	0,4	0,4
	64,5	57,7

Konzern-Anhang

	2010 Mio €	2009 Mio €
(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	3.704,0	4.235,9
- nicht börsennotiert	247,7	253,7
Davon im Folgejahr fällig	661,8	878,0
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	77,6	35,3

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Papiere zum Buchwert von 4,1 Mio Euro aus der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgegliedert; es ist beabsich-

tigt die Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Durch die Umgliederung wurden Abschreibungen von 0,3 Mio Euro vermieden.

	2010 Mio €	2009 Mio €
(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	2,5
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	200,0	200,2

In diesem Bilanzposten sind ausschließlich Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 5,6 Mrd Euro (Vorjahr 4,5 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne,

soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens

	Mio €
Anschaffungskosten 1. Januar 2010	277,6
Veränderungen (saldiert)	0,0
Bilanzwert zum 31. Dezember 2010	277,6

Investmentvermögen			2010 Mio €	2010 Mio €
	Ausschüttung	Unterschiedsbetrag	Marktwert	Buchwert
	2010			
- HERA-FONDS	0,7	10,6	210,6	200,0
- JUPITER-FONDS 1	133,6	186,5	5.014,5	4.828,0
- JUPITER-FONDS 2	7,0	0,0	402,7	402,7
- JUPITER-FONDS 3	1,6	11,0	173,3	162,3
- LBS-Hamburg Fonds	1,6	2,3	52,6	50,3
			5.853,7	5.643,3

Die tägliche Rückgabe war möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2010	2009*
	Mio €	Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- Derivative Finanzinstrumente	51,6	-
- Forderungen	9,0	-
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	207,3	-
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4,5	-
- sonstige Vermögensgegenstände	0,8	-
	273,2	-
- Risikoabschlag	-0,5	-
	272,7	-

* Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des erstmaligen Ausweises nicht angepasst.

(6) Beteiligungen	2010	2009
	Mio €	Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	85,8

Entwicklung	Beteili- gungen	Verbundene Unternehmen
	Mio €	Mio €
Anschaffungskosten am 1. Januar 2010	272,3	30,1
Zugänge	1,7	3,8
Abgänge	0,3	0,1
Veränderungen (saldiert)	-86,7	0,0
Bilanzwert zum 31. Dezember 2010	187,0	33,7

(7) Anteile an assoziierten Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestehen aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäftswert) in Höhe von 9,1 Mio Euro und passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von -1,7 Mio Euro.

(8) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

Konzern-Anhang

(9) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte Mio €	Sachanlagen Mio €
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2010	65,8	349,9
Zugänge	44,0	6,2
Abgänge	1,8	8,3
kumulierte Abschreibungen	48,9	184,0
Bilanzwert zum 31. Dezember 2010	59,1	163,8
Bilanzwert zum 31. Dezember 2009	19,2	168,8
Abschreibungen des Geschäftsjahres	3,9	10,8
	2010	2009
	Mio €	Mio €
Von den Sachanlagen entfallen auf:		
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	96,5	98,3
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	41,6	46,9
Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung von selbsterstellter Software kein Gebrauch gemacht.		
	2010	2009
	Mio €	Mio €
(10) Sonstige Vermögensgegenstände		
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	5,1	5,1
- sonstige Forderungen	258,6	190,0
	263,7	195,1
	2010	2009
	Mio €	Mio €
(11) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,4	5,6
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	1,1	1,4
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1,0	0,6
	5,5	7,6
Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken: Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in	Höhe von 4,4 Mio Euro aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.	

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Passiva**

	2010 Mio €	2009 Mio €
(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,2	2,4
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.333,5	2.163,2
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	465,6	193,2
- über 3 Monate bis 1 Jahr	187,9	203,4
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.894,0	1.534,1
- über 5 Jahre	1.518,9	1.818,5

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 10,0 Mio Euro enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe

waren im Geschäftsjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

	2010 Mio €	2009 Mio €
(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14,8	14,1
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9,5	8,2
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	0,6	0,6
- über 3 Monate bis 1 Jahr	0,2	0,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	10,6	14,9
- über 5 Jahre	-	-
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.938,7	2.655,6
- über 3 Monate bis 1 Jahr	604,5	466,9
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.134,6	2.450,1
- über 5 Jahre	4.270,7	3.143,4

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 1.866,6 Mio Euro enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe

waren im Geschäftsjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

	2010 Mio €	2009 Mio €
Angaben zum Bauspargeschäft		
Von den Bauspareinlagen entfielen:		
a) auf gekündigte Verträge	7,2	-
b) auf zugeteilte Verträge	26,4	-
	33,6	-

Konzern-Anhang

	2010 Mio €	2009 Mio €
(14) Verbriefte Verbindlichkeiten		
In dieser Position sind enthalten:		
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	737,3	530,5

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den begebenen Schuldverschreibungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 527,9 Mio Euro enthalten; begebene öffentliche Pfandbriefe befanden

sich im Geschäftsjahr nicht im Bestand. Die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen betragen 2.958,4 Mio Euro.

	2010 Mio €	2009* Mio €
(15) Handelsbestand		
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- Derivative Finanzinstrumente	46,9	-
- Verbindlichkeiten	-	-
	46,9	-
- Risikoabschlag	-	-
	46,9	-

* Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des erstmaligen Ausweises nicht angepasst.

(16) Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

	2010 Mio €	2009 Mio €
(17) Sonstige Verbindlichkeiten		
Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:		
- Steuerverbindlichkeiten	25,2	45,5
- sonstige Verbindlichkeiten	98,3	52,5
	123,5	98,0

	2010 Mio €	2009 Mio €
(18) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	30,1	33,8
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	7,0	9,2
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	3,7	3,5
	40,8	46,5

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 35,9 Mio Euro aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

(19) Latente Steuern

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften ermitteln alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB). Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die aus

dem Überhang an aktiven latenten Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,12 %.

(20) Rückstellungen

Der aufgrund der neuen Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Restbetrag des noch zuzuführenden Be-

trags beträgt per 31. Dezember 2010 167,7 Mio Euro.

In Ausübung des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde bei vier sonstigen Rückstellungen der höhere Ansatz beibehalten. Der Wert der Überdeckung beträgt 2,5 Mio Euro.

(21) Eigenkapital

Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Konzernjahresüberschuss	112,1	56,4
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-0,6	-0,4
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	0,0	0,0
Konzerngewinn	111,5	56,0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	265,1	281,6
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-53,5	-72,5
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	323,1	265,1

(22) Haftungsverhältnisse

Eventualverbindlichkeiten unterliegen den Kreditgewährungs- und Kreditüberwachungsprozessen, die auch für die Gewährung von Darlehen und weiteren Krediten gelten. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist eher gering.

wiegend Darlehen, die teilvaluiert und noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten über-

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung**(23) Zinserträge**

Diese Position enthält Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 10,7 Mio Euro, aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 22,9 Mio Euro und aus sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,6 Mio Euro. Im Vorjahr enthielt diese Position Zinserträge aus

dem Bauspargeschäft in Höhe von 37,8 Mio Euro.

(24) Zinsaufwendungen

In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bausparanlagen in Höhe von 16,9 Mio Euro (Vorjahr 17,2 Mio Euro) enthalten.

(25) Laufende Erträge aus

- Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Beteiligungen
- Anteilen an verbundenen Unternehmen

	2010 Mio €	2009 Mio €
	143,8	174,2
	6,9	4,6
	4,1	6,4
	154,8	185,2

(26) Provisionserträge

Etwa 19 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung. Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung in Höhe von 6,6 Mio Euro und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,7 Mio Euro. Im Vorjahr enthielt diese Position Erträge aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 5,4 Mio Euro.

(27) Provisionsaufwendungen

In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 4,3 Mio Euro (Vorjahr 3,5 Mio Euro) enthalten.

(28) Nettoertrag des Handelsbestands

In dieser Position ist die Zuführung nach § 340 e Abs. 4 HGB zum Bilanzposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340 g HGB in Höhe von 2,0 Mio Euro enthalten.

(29) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:

- Grundstückserträge
- übrige sonstige betriebliche Erträge

	2010 Mio €	2009 Mio €
	6,5	6,5
	118,8	91,0
	125,3	97,5

Im sonstigen betrieblichen Ertrag ist ein Einmal-effekt aus der betragsmäßigen Übereinstimmung der Geschäfte in der besonderen Deckung enthalten.

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 9,4 Mio Euro enthalten.

(30) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:

- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen

	2009 Mio €	2009 Mio €
	1,9	2,0
	34,8	-
	88,8	68,6
	125,5	70,6

(31) Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 6,4 Mio Euro werden die Erstanpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 11,9 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen. 4,9 Mio Euro

der außerordentlichen Erträge entfallen auf positive Marktwerte von Zinsswaps.

(32) Steuern vom Einkommen und Ertrag

In dieser Position sind Aufwendungen für die Bildung latenter Steuern in Höhe von 0,0 Mio Euro (Vorjahr 0,7 Mio Euro) enthalten.

Sonstige Angaben**Vorstand und Verwaltungsrat**

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,7 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,0 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 20,9 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 0,4 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen mit einem Zinssatz von 3,8 % bzw. 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betragen im Geschäftsjahr 0,3 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 1,4 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer

Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 1.012 TEUR, davon 832 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:

	Mio €
- 2011	36,4
- 2012	36,9
- 2013	40,5
	113,8

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag wurden der Deutschen Bundesbank für Offenmarktgeschäfte Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.934,6 Mio Euro zur Verpfändung hinterlegt, Verpflichtungen hieraus bestanden nicht. Daneben wurden im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen 57,6 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem

Insgesamt entfallen 823 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 676 TEUR für andere Abschlussprüfer, und 189 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 156 TEUR für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte

im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	4.262
Teilzeitkräfte	789
	5.051
Auszubildende	424
	5.475

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 1.468 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich 84 Vollzeitkräfte, 17 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende beschäftigt.

Buchwert von 219,2 Mio Euro hinterlegt wurden. Außerdem bestehen Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,0 Mio Euro.

Fremdwährung

Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 1.162,0 bzw. 746,6 Mio Euro.

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2010 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2010 in Mio €	Nominalwerte				Marktwerte		
	Restlaufzeit		über 5 Jahre	Summe	davon: des Handels- bestands	positiv	negativ
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre					
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Caps	30,1	185,0	51,5	266,6	0,0	1,2	1,2
- Collars	7,1	141,7	4,9	153,7	0,0	1,9	2,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	69,0	0,0	0,0	69,0	0,0	1,2	1,9
- Strukturierte Swaps	0,0	1.327,7	5.900,3	7.228,0	0,0	158,2	17,5
- Swaptions	0,0	6,0	0,0	6,0	0,0	0,1	0,1
- Zinsswaps	6.314,9	29.328,2	14.685,1	50.328,2	1.243,6	752,3	1.031,4
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	1.736,8	103,9	0,0	1.840,7	3,3	1,7	0,9
- Zins-Optionen	11,4	0,0	0,0	11,4	0,0	0,0	0,0
Summe	8.169,3	31.092,5	20.641,8	59.903,6	1.246,9	916,6	1.055,0
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Collars	0,0	3,9	0,0	3,9	0,0	0,1	0,1
- Devisenoptionen	6,0	0,0	0,0	6,0	6,0	0,2	0,2
- Devisentermingeschäfte	2.468,2	85,4	0,0	2.553,6	0,0	19,4	39,4
- Währungsswaps	0,8	38,3	230,4	269,5	0,0	38,3	34,2
Summe	2.475,0	127,6	230,4	2.833,0	6,0	58,0	73,9
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken							
OTC-Produkte							
- Strukturierte Swaps	10,0	20,0	0,0	30,0	0,0	0,0	0,1
Börseninstrumente							
- Aktien-Optionen	22,0	0,0	0,0	22,0	0,0	0,2	0,2
- Index-Futures	12,9	0,0	0,0	12,9	0,0	0,0	0,1
- Index-Optionen	258,9	0,0	0,0	258,9	0,0	0,9	0,9
Summe	303,8	20,0	0,0	323,8	0,0	1,1	1,3

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2010 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaptions und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell).

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikro hedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen. Mit den Zinsswaps und dem überwiegenden Teil der Swaptions wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandelsgeschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahe zu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Bewertungseinheiten

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 3.708,1 Mio Euro und ebenfalls als Grundgeschäfte schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 535,0 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewer-

tungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 140,1 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 22,6 Mio Euro, sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 0,1 Mio Euro.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1

Hypothekendarlehenlauf

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

Deckungsmasse

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

Überdeckung

- Nennwert
- Barwert
- Risikobarwert¹⁾

1) dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2

Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehenlaufs

- bis zu 1 Jahr
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre
- mehr als 10 Jahre

Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse

- bis zu 1 Jahr
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre
- mehr als 10 Jahre

	2010 Mio €	2009 Mio €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1		
Hypothekendarlehenlauf		
- Nennwert	2.362,3	1.682,7
- Barwert	2.550,3	1.810,2
- Risikobarwert ¹⁾	2.784,8	1.673,7
Deckungsmasse		
- Nennwert	3.605,9	2.608,3
- Barwert	3.879,7	2.829,1
- Risikobarwert ¹⁾	4.069,1	2.679,7
Überdeckung		
- Nennwert	1.243,6	925,6
- Barwert	1.329,4	1.018,9
- Risikobarwert ¹⁾	1.284,3	1.006,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2		
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehenlaufs		
- bis zu 1 Jahr	516,0	10,0
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	4,0	516,0
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	53,2	4,0
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	45,5	2,0
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	56,7	44,8
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	871,2	476,7
- mehr als 10 Jahre	815,7	629,2
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
- bis zu 1 Jahr	252,8	211,9
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	480,7	275,6
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	463,8	237,6
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	290,1	297,0
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	322,9	239,0
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.494,3	1.126,6
- mehr als 10 Jahre	301,2	220,6

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2010¹⁾			
Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € ²⁾	Jahresergebnis des Unternehmens T € ²⁾
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	59,00 %	18.504,5 ³⁾	651,5 ³⁾
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	511,3 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	46,15 %	3.169,0	12,6
- Heptagon Capital GmbH, Frankfurt am Main	46,20 %	51,8	1,4
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	100,00 %	1.669,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.462,3	-124,7
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-427,7	-51,0
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	14.768,1	385,5
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	99,32 %	34,9 ³⁾	0,8 ³⁾
- Nord-DIREKT Norddeutsche Direktservice GmbH, Hamburg	100,00 %	25,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	21.363,1 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Dreizehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,4 ³⁾	-0,1 ³⁾
- Vierzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,4 ³⁾	-0,1 ³⁾
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,4 ³⁾	-0,1 ³⁾
Mittelbare Beteiligungen			
über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	25,77 %	2.757,5	-1,6
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0	0,0 ⁴⁾
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6	0,0 ⁴⁾
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	39.968,1	-4,9
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Haspa Vertriebsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	150,8 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.462,3	-124,7
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-427,7	-51,0
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	6.600,6	639,3
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	18,9	-1,1
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,68 %	34,9 ³⁾	0,8 ³⁾
- SAG Süderelbe Projektgesellschaft AG & Co. KG, Lüneburg	25,00 %	0,0	-777,4
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	38,00 %	1.221,7 ³⁾	-778,3 ³⁾
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	55.878,9	8.600,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	129,6	72,1
über Grossmann & Berger GmbH:			
- GBG Hansegrund GmbH Immobilienverwaltung, Hamburg	100,00 %	730,5	180,9
über NRS Norddeutsche Retail-Service AG:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	2.983,8	1.775,7
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	167,0	-332,3
- ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH, Hamburg	90,00 %	2.233,3	730,3
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	49,00 %	2.279,1	518,8
- Schaltex Beteiligungs GmbH	25,80 %	25,0	0,0
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- Brands Fashion GmbH (ehem. Brands Fashion GmbH & Co. KG)	20,00 %	1.753,0	1.483,8
- GFA Beteiligungs GmbH, Hamburg	20,00 %	13.764,0	2.178,9
- HPM Fenster und Türen Beteiligungs GmbH	40,00 %	500,0	0,0
- Mess- und Fördertechnik Gwinner G.m.b.H. & Co. KG	23,00 %	862,5	-1.274,0
- Sauer Spezialwerkzeug GmbH, Hamburg	49,00 %	1.280,7	25,7
- Schaltex Beteiligungs GmbH	49,00 %	25,0	0,0
über Schaltex Beteiligungs GmbH:			
- SCHALTEX SYSTEMS GmbH	100,00 %	1.014,5 ³⁾	0,0

¹⁾ Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist

²⁾ Nach dem letzten für 2009 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis

³⁾ Nach dem letzten für 2010 vorliegenden Jahresabschluss

⁴⁾ Gewinnabführungsvertrag

Konzern-Anhang**Anhangangaben gemäß § 340 a Abs. 4 HGB**

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

VorstandsmitgliederDr. Harald VogelsangAufsichtsrat

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen

Vorsitzender

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

Mitglied

Landesbank Berlin AG, Berlin

Mitglied

Jörg WohlersAufsichtsrat

Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft, Hamburg

Mitglied

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen

Mitglied

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

Mitglied

Dr. Jörg WildgruberAufsichtsrat

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg

Vorsitzender

neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

stellv. Vorsitzender

neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

stellv. Vorsitzender

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg

stellv. Vorsitzender

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

1. stellv. Vorsitzender

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen

Mitglied

Mitarbeiter

Dr. Sören Abendroth (Direktor)

Aufsichtsrat

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Mitglied

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg

Mitglied

Dr. Andrea Fechner (Direktorin)

Aufsichtsrat

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt

Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel

Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt

Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Konzern-Anhang**Verwaltungsrat**

Dr. Karl-Joachim Dreyer

Präses

Vorsitzender der Geschäftsführung der

Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH

Peter Becker

Stellvertretender Präses

Bäckermeister

Präsident Zentralverband des

Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich

Rechtskundiges Mitglied

Vorsitzender der Geschäftsführung

Studio Hamburg GmbH

Prof. Dr. Jörg F. Debatin

Ärztlicher Direktor und Vorsitzender des Vorstands

Universitätsklinikum Eppendorf

Dipl.-Kfm. Günter Elste

Vorsitzender des Vorstands

Hamburger Hochbahn AG

Dipl.-Kfm. Helga Jochens

Geschäftsführerin

Grundstücksverwaltung Johann Kaune Erben

GmbH & Co. KG

Uwe Mellewig

Betriebsratsvorsitzender

Hamburger Sparkasse AG

Dirk Reimers

Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Deutsche Nationalstiftung

Gabriele Voltz

Rechtsanwältin

Stellvertretende Vorsitzende

Verband Freier Berufe in der

Freien und Hansestadt Hamburg

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Jörg Wohlers
Stellvertretender Sprecher

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 30. März 2011

Der Vorstand

Dr. Vogelsang

Wohlers

Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der

Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. April 2011

Susat & Partner oHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Morfeld
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten dabei die Befassung mit der Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) auf Gruppenebene, insbesondere mit der Einrichtung eines gruppenweiten Risikomanagements. Ferner verfolgte der Verwaltungsrat eng die Neuregelungen bei der Einlagensicherung und den Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute und erörterte mögliche Auswirkungen sowohl für die HASPA-Gruppe als auch die dazu gehörenden Institute. Weiter befasste sich der Verwaltungsrat mit den im Anschluss an die Änderung des Sparkassengesetzes für Schleswig-Holstein aufgenommenen Gesprächen über die Begründung kapitalunterlegter Kooperationen mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein sowie der Beteiligung der HASPA Finanzholding an Kapitalmaßnahmen bei Beteiligungssparkassen. Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen bzw. im schriftlichen Verfahren getroffen. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen. Ferner fand eine gesonderte Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrats statt, in deren Rahmen der Abschlussprüfer der HASPA Finanzholding einen Überblick über den rechtlichen Rahmen der Verwaltungsrats Tätigkeit insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen im Gesellschafts- und Bankenaufsichtsrecht gab.

Die Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2010 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2010 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzelsowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2010 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2010 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2010 festzustellen und den Bilanzgewinn von 112 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 zu billigen.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2010 gezeigte Engagement.

Am 8. November 2010 verstarb Herr Peter Mählmann, Mitglied des Vorstands der vormaligen Hamburger Sparkasse von 1961 bis 1988 – seit 1977 als Sprecher des Vorstands – und Präses des Verwaltungsrats von 1989 bis 1996. Die HASPA Finanzholding wird das Andenken an Herrn Mählmann stets in Dankbarkeit bewahren.

Hamburg, den 28. April 2011

Der Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Lieferung von Schnellheftern und Mappen mit Aufdruck** unter der Projektnummer **2011000062** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 30. Juni 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 30. September 2011

Ausführungsfrist: 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2011000062 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 31. Mai 2011

Die Finanzbehörde

513

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Lieferung von Umlaufmappen mit Aufdruck für die Freie und Hansestadt Hamburg** unter der Projektnummer **2011000068** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 30. Juni 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. August 2011

Ausführungsfrist: 1. September 2011 bis 31. August 2013

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe

registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2011000068 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 31. Mai 2011

Die Finanzbehörde

514

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Pförtner- und Sicherheitsdienste für die Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg** unter der Projektnummer **2011000053** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 30. Juni 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 19. August 2011

Ausführungsfrist: 1. September 2011 bis 31. August 2014

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2011000053 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 31. Mai 2011

Die Finanzbehörde

515